

## Spanien

PETER FREY

*Das NATO-Referendum: Zerreißprobe für Spaniens Demokratie*

Der Sieg von Felipe González war deutlicher, als es selbst regierungsnahe Prognosen in den letzten Tagen vor der Abstimmung vorausgesagt hatten, er stellte alle unabhängigen Umfragen auf den Kopf, die trotz eines leichten Trends abnehmender NATO-Gegnerschaft bis zuletzt von einer stabilen Mehrheit der „Nein“-Stimmen ausgegangen waren – im Herbst 1984 hatten sich bei Repräsentativumfragen nur knapp 20 Prozent der Spanier für die NATO ausgesprochen<sup>1</sup>. Zwar enthielten sich beim Referendum über das spanische Bleiben im Nordatlantiktakt am 12. März 1986 mehr als 40 Prozent der Stimmberechtigten (mehr als je zuvor, seit in Spanien wieder demokratisch gewählt wird), weitere 6,5 Prozent der Wahlbürger gaben weiße, d.h. ungültige Stimmzettel ab, die Auszählung erbrachte aber eine große Mehrheit für die NATO: 52,5 Prozent der Stimmen waren für, nur 39,8 Prozent gegen die NATO<sup>2</sup>. Felipe González hatte die „schwierigste Hürde“<sup>3</sup> seiner Amtszeit genommen, die Zahlen spiegelten nicht einmal wieder, wie groß der persönliche Verschleiß war, den der Ministerpräsident im Verlauf der Kampagne vor der Abstimmung erlitten hatte, und welche Belastungsprobe der spanischen Demokratie mit dem Referendum aufgebürdet worden war.

Seit der Wiedergewinnung der Demokratie waren die politischen Gegensätze in Spanien nie größer als Anfang 1986: in einer schizophrenen Schlachtordnung<sup>4</sup> kämpften die Sozialisten, die noch im Wahlkampf 1982 auf der Woge des Widerstandes gegen den übereilten NATO-Beitritt der Regierung Calvo Sotelo mitgeschwommen waren, verbissen für das Bleiben im westlichen Bündnis, während die – von Haus aus atlantische – konservative Volksallianz zur Stimmenenthaltung aufrief. Den Sozialisten ging es um die Erfüllung eines zentralen Wahlversprechens, die konservative Parteienallianz um Manuel Fraga Iribarne wollte mit ihrer Verweigerungsstrategie Felipe González schwächen, wofür selbst der Preis der Mehrheit für das „Nein“ und der damit verbundenen außerordentlich delikaten Situation nicht zu hoch erschien. Dank des Referendums konnte sich links von der durch González auf Kurs gebrachten sozialistischen Partei eine Neue Linke etablieren, die – zusammengesetzt aus kommunistischen und anarchistischen Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen, Teilen der Ökologie- und Frauenbewegung, der Kommunistischen Partei Spaniens

(PCE) unter der Leitung von Gerardo Iglesias, dem Progressistischen Bund um den Madrider Wirtschaftsprofessor Ramon Tamames<sup>5</sup> und PSOE-„Dissidenten“ – die 6,8 Millionen „Nein“-Stimmen für sich beanspruchte. Im Namen dieses buntscheckigen Bündnisses reklamierte der Dramatiker Antonio Gala den moralischen Sieg des Referendums, einer der spanischen Intellektuellen, die im Wahlkampf 1982 noch für den Sieg der Sozialisten und die kulturelle Wende in Spanien gekämpft hatten. Die Heterogenität dieser Neuen Linken, ihre fehlende parteipolitische Basis und die Zersplitterung der spanischen Kommunisten ließen es unwahrscheinlich erscheinen, daß das Potential der „Nein“-Stimmen die kaum ein Vierteljahr nach dem Referendum angesetzten Parlamentswahlen nachhaltig beeinflußt. Trotzdem hat sich in Spanien mit dem Referendum eine außerparlamentarische Opposition formieren können, die – zumal sie weiter für den Austritt aus der NATO und die Schließung der amerikanischen Militärbasen kämpfen will – für die Sozialisten ein unbequemes Unruhepotential darstellt und Spaniens politisches System unberechenbar macht.

Selbst die der Regierung nicht abgeneigte Madrider Tageszeitung ‚El País‘ warf Felipe González vor, seinen Sieg durch Manipulation, Druck und Angst-mache erzeugt zu haben<sup>6</sup>. In einer tiefgründigen Reflexion über das Referendum warf Chefredakteur Juan Luis Cebrián dem Ministerpräsidenten vor, er habe mit seiner Entscheidung, das Referendum tatsächlich durchzuführen, „die moralische Verantwortung der Regierenden auf die Regierten verschoben, den Preis, den die Ausübung der Macht mit sich bringt“<sup>7</sup>, nicht zahlen wollen. Während Felipe González selbst offenbar „eine persönliche Entwicklung von der Gesinnungs- zur Verantwortungsethik durchgemacht“<sup>8</sup> habe, sei dem Wähler nie klargemacht worden, daß es sich bei der NATO-Entscheidung nicht um eine moralische, sondern um eine politische Frage handele: mit dem Referendum habe die Regierung den Staatsbürgern zwar die „Last der Macht aufgebürdet“<sup>9</sup>, ihnen aber nicht ausreichende Informationen zugänglich gemacht, um diese Verantwortung auch tatsächlich ausüben zu können.

#### *Abstimmung für Europa?*

Die Regierung hatte das spanische Bleiben im Bündnis an drei Bedingungen geknüpft: Spanien solle trotz NATO-Mitgliedschaft nicht in die militärische Entscheidungsstruktur integriert werden, Spanien solle atomwaffenfrei bleiben und die militärische Präsenz der USA auf spanischem Territorium solle fortlaufend verringert werden<sup>10</sup>. Bei seinen Wahlkampfauftritten verband González das Bleiben im Bündnis eng mit dem EG-Beitritt, der wenige Wochen vor dem Referendum am 1.1.1986 offiziell vollzogen worden war. González drohte einerseits, im Falle eines NATO-Austrittes, „die Länder Europas würden uns den Rücken zuwenden, wir könnten uns ihres Mißtrauens sicher sein“<sup>11</sup>, warb aber andererseits mit der spanischen Zugehörigkeit zu einem Europa, das seine Außen- und Sicherheitspolitik unabhängiger formulieren könne: „Ich bin für Frieden und Abrüstung, dafür arbeite ich Tag für Tag, etwa, wenn wir uns mit

den anderen europäischen Ländern weigern, uns dem Boykott gegen Libyen anzuschließen, oder für den Frieden in Mittelamerika eintreten. . . Wir stehen heute in Spanien vor einer historischen Entscheidung: entweder nehmen wir mit all unserer Kraft und Effektivität am Aufbau Europas teil oder wir bleiben wiederum isoliert. Mit dem „Ja“ . . . brechen wir für immer mit der Isolation, teilen den Frieden und die Freiheit mit den Europäern, mit allen Konsequenzen für unsere Entwicklung und soziale Gerechtigkeit.“<sup>12</sup> Neben der persönlichen Vertrauensabstimmung für Felipe González bestätigte das Referendum vor allem die außenpolitische Orientierung seiner Regierung und deren Kernelement, den spanischen EG-Beitritt. Europa wurde im Kampf um die Stimmen für das Militärbündnis, in der Auseinandersetzung um das Wettrüsten und die Zuverlässigkeit der Abschreckungsdoktrin zum ausschlaggebenden Argument.

Während im NATO-Wahlkampf der spanische Beitrag zur europäischen Sicherheitspolitik nur umrißhaft deutlich wurde, konkretisierte der spanische Verteidigungsminister Narcis Serra – etwa bei der 23. Wehrkundetagung der NATO in München –, welche Vorstellungen Spanien von einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft hat: Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit könne die europäische Idee nachhaltig bestätigen, erst eine intensive und abgestimmte europäische Kooperation und Aufgabenteilung könne Europa in der NATO wirklich zum Partner der USA machen. Die Verteidigungsindustrie sei ein „ideales Instrument . . . , das die Entwicklung einer europäischen Industrie anregt“<sup>13</sup>. Serra forderte die Formulierung eines „europäischen Technologischen Verteidigungsplanes . . . , der die Zusammenarbeit an einzelnen, unzusammenhängenden Programmen durch die Festlegung großer, technologischer Kooperationsgebiete ersetzt“<sup>14</sup>. Die Spanier verstehen ihren Impuls als Beitrag zu einer größeren Leistungsfähigkeit des Atlantikpaktes, zum Aufbau Europas und zur Stärkung des europäischen Pfeilers in der NATO. Spanisches Mißtrauen gegenüber den USA wird auch deutlich, wenn Serra zwar ausdrücklich eine stärkere Zusammenarbeit mit den USA wünscht, aber meint, ein koordinierter europäischer Verteidigungsplan könne vermeiden helfen, daß in den technologischen Beziehungen zu den USA „die Kapazität der eigenen Initiative oder die eigene Entwicklungsfähigkeit der europäischen Einrichtungen ersticken könnten“<sup>15</sup>.

Das überraschend eindeutige Ergebnis des Referendums hat den außenpolitischen Spielraum von Felipe González – vor allem gegenüber den USA in der Frage der Basen – erheblich vergrößert. Die vor der Abstimmung ganz offenkundig gewordene Beziehung zwischen der spanischen Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und in der NATO hat einmal mehr deutlich gemacht, daß verteidigungspolitische Aspekte aus der EG nicht mehr herausgehalten werden können. Es wurde befürchtet, daß Spanien mit einem „Nein“ zur NATO für Länder wie Griechenland ein schlechtes Beispiel sein könnte und das Bündnis destabilisiert werde. Im Kontext der mit dem Referendum sanktionierten Bedingungen der NATO-Mitgliedschaft und mit weitergehen-

den sicherheitspolitischen Konzepten bleibt Spanien aber auch als NATO-Mitglied eine politische Herausforderung<sup>16</sup>.

### *Buenos Dias, Europa*

Fast auf den Tag genau neun Jahre, nachdem Spanien seinen Beitrittsantrag an die Europäische Gemeinschaft gestellt hat, wurde am 10. Juni 1985 in Madrid der Beitrittsvertrag feierlich unterzeichnet. 29 Verhandlungsrunden auf Ministerienebene waren vorausgegangen, 32 Mal hatte der zuständige Staatssekretär mit seinen Brüsseler Partnern verhandelt. Die letzten Hindernisse für die Vertragsunterzeichnung waren erst drei Tage vor der Zeremonie im Königspalast aus dem Weg geräumt worden. Bei dem Durchbruch in den frühen Morgenstunden des 29. März 1985<sup>17</sup> waren noch einige Fragen offengeblieben, die in eiligen Verhandlungsrunden gelöst wurden: Dabei ging es um Spezialaspekte in den besonders schwierigen Verhandlungsbereichen Freizügigkeit der Arbeitnehmer, Fischerei, Eigenmittel und Landwirtschaft, aber auch um die spanisch-portugiesischen Handelsbeziehungen nach dem Beitritt<sup>18</sup>. 1200 Seiten umfaßt das Vertragswerk, seine 403 Artikel werden ergänzt durch 36 Anhänge, 25 Zusatzprotokolle und eine Reihe von Erklärungen<sup>19</sup>. Spaniens König Juan Carlos sagte bei der Unterzeichnungszeremonie, die Vertreter der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten verkörperten das, was in Spanien als Europa verstanden würde, „die Prinzipien der Freiheit, Gleichheit, des Pluralismus und der Gerechtigkeit“<sup>20</sup>. Ministerpräsident González nannte den Beitritt Spaniens und Portugals eine außergewöhnliche Möglichkeit, um beim Aufbau Europas einen qualitativen Sprung nach vorne zu tun: „Was Spanien betrifft, möchte ich eines klarstellen: Wir werden für die Gemeinschaft keine Last sein, kein Hindernis, das höhere Formen der politischen und wirtschaftlichen Integration erschwert.“<sup>21</sup>

Trotz der Ermüdung, die nach den schier endlosen und mehr als einmal vom Scheitern bedrohten Beitrittsverhandlungen in Bezug auf Europa eingetreten war, wurde die Vertragsunterzeichnung doch als historisches Datum empfunden: „Die Bindung Spaniens an das Projekt Europa besitzt die historische Bedeutung, es uns zu erlauben, mit unseren in zivilen, eigenbrödlischen und intoleranten Traditionen zu brechen und den kommenden Generationen neue kulturelle Horizonte zu eröffnen . . . (Der Beitritt) wird nicht nur den Verzicht auf die Gewohnheiten, die Trägheit und die Bequemlichkeit fordern, die die Isolierung begünstigten, sondern auch die Übernahme phantasievollerer, wagemutigerer und rationeller Arbeitsstile fordern.“<sup>22</sup> Je näher allerdings der konkrete Beitrittstermin rückte und der Glanz des Madrider Festaktes verblich, desto deutlicher wurden die Befürchtungen über die Konsequenzen des Beitritts formuliert. Der spanische Unternehmerverband CEOE warf der Regierung vor, den Vertrag vor allem aus wahltaktischen Gründen schneller als nötig unter Dach und Fach gebracht zu haben, die siebenjährige Übergangszeit bis zur völligen Öffnung des spanischen Marktes für Industrieprodukte aus der Ge-

meinschaft sei zu kurz bemessen. Man könne die Herausforderung der einbrechenden Konkurrenz nur bestehen, wenn die sozialen Kosten, die auf den Unternehmen lasten, vermindert und mehr Flexibilität beim Personalabbau möglich würden. Angesichts der Anpassungsprobleme der spanischen Wirtschaft sagte selbst der neue Staatssekretär für die Beziehungen mit der Europäischen Gemeinschaft Pedro Solbes: „Wir haben alle Angst vor 1986.“<sup>23</sup> Der vierundvierzigjährige Politikwissenschaftler, der an der Universität Brüssel europäische Wirtschaft studiert hat, seit 1982 im Finanzministerium mit dem Wirtschaftsmodernisierungsprogramm der sozialistischen Regierung befaßt war und an der letzten Phase der Beitrittsverhandlungen teilgenommen hat, glaubt allerdings auch, daß die vereinbarte Länge der Übergangszeiten „traumatische Folgen des Beitritts für die spanische Wirtschaft“<sup>24</sup> vermeiden werde.

Nach der Vertragsunterzeichnung hatte sich das Regionalparlament der Kanarischen Inseln gegen den EG-Beitritt ausgesprochen, eine merkwürdige Episode, die ein bezeichnendes Licht auf die Haltung wirft, mit der manche Sektoren der spanischen Wirtschaft den Beitritt verfolgen. Eine Allianz von extrem linken bis zu bürgerlichen Kräften hatte die Stimmung auf der Straße ins Kanarische Parlament getragen und – gegen die Abgeordneten der regierenden Sozialisten – dem Anti-EG-Votum eine Mehrheit verschafft. Zwar waren bei den Beitrittsverhandlungen durchaus günstige Konditionen für Handel, Tourismus und Industrie des Archipels vereinbart worden, die Bestimmungen für die Landwirtschaft brachten aber das soziale Gleichgewicht auf den Inseln ins Wanken und mobilisierten massive Proteste. Isolationistische und antieuropäische Akzente verriet auch das Stimmverhalten auf den Kanaren beim Referendum: die Sozialisten mußten hier eine der höchsten Enthaltungsquoten hinnehmen<sup>25</sup>.

#### *Die Spanier in Brüssel: Kultur und Kommissare*

Salvador Dalí, das greise und geniale *enfant terrible* der spanischen Kultur, hatte zur Vertragsunterzeichnung seine eigene Interpretation des Ereignisses vorbereitet: König Juan Carlos konnte den Staatsmännern 25 Federzeichnungen in die Unterschriftenmappe legen, auf denen der katalanische Maler das mythische Motiv des Raubes der schönen Europa durch den Stier auf seine Weise festhielt. „Der Stier, Spanien, raubte Europa nicht; er hielt Europa fest, mit all seiner Kraft und all seiner Wildheit. Europa schuldet Spanien sein ganzes Sein“<sup>26</sup>, erklärte der Altmeister der Moderne, deshalb sei es ein Paradoxon vom Beitritt Spaniens zu sprechen, Europa müsse in Spanien eintreten.

Andere Werke Dalís, nebst jenen von Picasso und Miró, Gemälde Goyas, herausragende Gegenwartsmalerei von Tapiés, Chillida und Antonio Lopes, spanische Musik und Ballettkunst versammelte die *Europalia*-Ausstellung im Spätsommer und Herbst in Brüssel und Belgien. Für die alle zwei Jahre stattfindende große europäische Kulturschau hatte Spanien die Glimmerlichter seiner klassischen Kulturproduktion in die ‚Hauptstadt‘ der Gemeinschaft befördert,



Kultur füllte das Vakuum zwischen Vertragsunterzeichnung und Vollmitgliedschaft. Während Spanien sich so offiziell in Brüssel präsentierte, nahmen die internationalen Medien – erstmals über sensible Underground-Gazetten hinaus – Notiz vom Neuerwachen der spanischen Kultur und ihrem Brennpunkt, Spaniens Hauptstadt Madrid. „Spain's Renaissance, Nach Jahren der Unterdrückung blühen die Künste“<sup>27</sup>, textete ‚Newsweek‘, „Madrid – der Superfreiheit verschrieben“<sup>28</sup>, befand ‚Der Spiegel‘. Spaniens Kapitale erschien plötzlich als die interessanteste Hauptstadt Europas, Barcelona, das sich jahrzehntelang im Ruhm sonnte, das kulturelle Zentrum Spaniens zu sein, mußte zur Kenntnis nehmen, daß die als langweilig verachtete Hauptstadt zum internationalen Kristallisationspunkt der Postmoderne wurde, Schmelzriegel „für jede Kunst jenseits aller Moden und Stilrichtungen“<sup>29</sup>. Auch wenn sich die Protagonisten der Madrider ‚Movida‘ (Bewegung) unpolitisch geben, an der Gegenwart ihres Landes ebensowenig arbeiten wie an seiner Vergangenheit, ist ihr plötzlicher Boom doch das Ergebnis politischer Prozesse: „Was die künstlerische Explosion der letzten Jahre möglich gemacht hat, ist weniger das Talent einzelner Künstler als die Haltung von Toleranz, die das neue Spanien überschwemmt.“<sup>30</sup> Juan Goytisolo, der in den fünfziger Jahren in Barcelona zu schreiben begonnen hatte, nach Paris ins Exil ging und heute in Frankreich und Marrakesch lebt, erhielt den ‚Europalia‘-Literaturpreis 1985. Er gehört zwar nicht zu den jungen avantgardistischen Künstlern, ist aber weit entfernt vom mitunter immer noch zeremoniellen Kulturbetrieb Spaniens<sup>31</sup>. Bei seiner Dankesrede für den Preis brachte er die ihm eigene Weltoffenheit in Zusammenhang mit dem Einfluß, den Europa auf ihn ausübte: „Europa . . . hat mir jene intellektuelle, moralische und kulturelle Unabhängigkeit gezeigt, die es mir erlaubt hat, den Schemen von Intoleranz und Maniertheit, dem Bruderhaß eines . . . Bürgerkriegs, den die meisten meiner Landsleute internalisiert haben, einem nur verbalen Widerstand, der nicht zu Taten wird, all dem, was unserer Heimat so eigen ist, . . . zu entkommen.“<sup>32</sup>

Spanien hat als eines der großen Mitgliedsländer Anspruch auf zwei Ressorts in der Europäischen Kommission. In den ersten Tagen ihrer Mitgliedschaft zogen auch 1400 spanische EG-Mitarbeiter, davon 150 im höheren Dienst, in die EG-Zentrale ein. Es war keine Überraschung, daß Manuel Marin, der während der Regierungszeit der Sozialisten als Staatssekretär die Verhandlungen entscheidend geprägt hatte, nach Brüssel geschickt wurde. Marin<sup>33</sup> ist als einer von sechs Kommissionsvizepräsidenten zuständig für Soziales, Arbeit, Erziehung und berufliche Bildung. Schwieriger war die Nominierung des zweiten spanischen Kommissars. Nach heftigem Gerangel zwischen sozialistischer Regierung und konservativer Opposition akzeptierte Ministerpräsident González schließlich den Wirtschaftsexperten Abel Matutes als Kommissar. Matutes, Bankier und Immobilienhändler von der Ferieninsel Ibiza, dem der Ruf „legendarer Integrationsfähigkeit und . . . geradezu sprichwörtlichem Verhandlungsgeschick vorausset“<sup>34</sup>, betreut in der EG-Kommission die Bereiche Kreditwe-

sen, Investitionen, kleine und mittlere Unternehmen. So wie Marin eine der großen politischen Hoffnungen der spanischen Sozialisten ist, gilt Matutes schon jetzt als möglicher Nachfolger Manuel Fragas, zumal wenn es ihm gelingt, als EG-Kommissar in Brüssel den „etwas provinziellen Habitus des reichen Mannes von der Insel“<sup>35</sup> abzulegen.

#### *10 Jahre Juan Carlos: Der König als erster Demokrat*

Am 22. November 1975, zwei Tage nach dem Tod Francisco Francos, wurde Juan Carlos de Bourbon vor dem Cortes vereidigt, Spanien war nach fast vierzigjähriger Diktatur wieder Königreich. Zehn Jahre später enthüllte Juan Carlos in Madrid ein Denkmal für die im Bürgerkrieg Gefallenen der republikanischen wie der frankistischen Seite, eine Geste der Versöhnung, die der zehnjährigen Amtszeit dieses zwar über den Parteien stehenden, aber politisch für Spanien so wichtigen Monarchen entspricht. Juan Carlos war unter Francos Aufsicht auf das Amt des Staatsoberhauptes vorbereitet worden, heute wird er einmal in der Woche vom spanischen Ministerpräsidenten über das politische Tagesgeschehen informiert. Seine entschiedene Haltung verhinderte im Februar 1981 einen Erfolg des Putschversuchs, der mit der Besetzung des Parlaments spektakulär begonnen hatte. Vor einem Jahr schrieb Juan Carlos in einem Zeitungsbeitrag: „Der demokratische Prozeß in Spanien ist eine geschichtlich nicht mehr umkehrbare Tatsache.“<sup>36</sup> Wenige Wochen nach dem Thronjubiläum des Vaters wurde an seinem 18. Geburtstag Prinz Felipe vor dem spanischen Parlament mit seinem Eid auf die Verfassung als Nachfolger vereidigt. Felipe, nach einer bürgerlichen Schullaufbahn und einem einjährigen Auslandsaufenthalt an einem College in Kanada nunmehr Kadett an der Militärschule von Zaragoza, personalisiert die Kontinuität der Monarchie, die in den ersten Jahren zu einem entscheidenden Faktor für die Stabilität der spanischen Demokratie geworden ist. Vor direkten politischen Stellungnahmen hütet sich Juan Carlos, sie würden seiner Aufgabe als König aller Spanier nicht gerecht. Aber er versteht es, Zeichen zu setzen: Beim Referendum ging er an die Urne, zwei Wochen vorher hatte er während eines Besuches in der Bundesrepublik Deutschland die Berliner Mauer besichtigt.

#### *1986, ein Wahljahr*

Nach einem unglücklichen Kabinettsrevirement zur Jahresmitte 1985, währenddessen auch Außenminister Morán seiner bekannten NATO-kritischen Haltung wegen gegen den nicht zur PSOE gehörenden Atlantiker Francisco Fernández-Ordoñez ausgetauscht worden war, nach politischen Unruhen und den ersten Generalstreiks im Baskenland seit 40 Jahren<sup>37</sup>, nach einer verwirrenden Kampagne über die Rolle Spaniens im Atlantischen Bündnis und der Akzentuierung der politischen Gegensätze, wurde das eindeutige Ergebnis des Referendums für Felipe González bei den anstehenden Neuwahlen eher zu einer Last. Er mußte jetzt damit rechnen, daß ihm für das Referendum im Grun-

de bürgerliche Wähler ihre Stimme geliehen und viele, die 1982 ‚Felipe‘ und ‚die Wende‘ gewählt hatten, sich 1986 enttäuscht vom Staatsmann González entfernen. Der EG-Beitritt hat sich als Wahlkampfangewinn mit dem Referendum abgenutzt. Als einer der Gründe, warum sich Ministerpräsident González überraschend zu vorgezogenen Neuwahlen am 22. Juni 1986 entschlossen hatte, wurde in Madrid sogar die Befürchtung genannt, die Verstrickung Spaniens ins EG-Kompromißgefüge könne vielen Wählern die Mitgliedschaft eher als Last denn als Argument für eine neue Regierung González erscheinen lassen. Es gab weitere Argumente für vorgezogene Neuwahlen: die Absicht, das Jahr 1986 nicht mit permanenten Wahlkampagnen zu füllen, vor allem aber – aus der Sicht der Sozialisten – die Schwäche der Opposition. Nicht nur Fraga, sondern auch die Politiker der bürgerlichen Mitte hatten durch ihre Enthaltungsaufrufe beim Referendum oder durch die schlichte Weigerung, persönlich Stellung zu beziehen, Möglichkeiten der Profilierung verspielt. Die Fraktionierungen im konservativen Lager ließen im Frühjahr '86 deutlich werden, daß Spaniens politischer Landschaft vor allem eine gefestigte bürgerliche Opposition fehlt. Nach dem Kampf um den Beitritt in die EG, nach dem NATO-Referendum und der damit verbundenen innenpolitischen Erschütterung, steht Felipe González außenpolitisch nun das Ringen um die Durchsetzung seiner Konzepte bevor. Eine seiner zentralen Botschaften während der Referendumskampagne lautete, Spanien müsse den Platz, der dem Land auf der internationalen Bühne zukomme, auch einnehmen. In der Nacht vor dem Referendum antwortete González auf die Frage, wie das Europa aussähe, für das er kämpfe: „Es ist ein Europa, das einen Spielraum von Autonomie gegenüber den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion erreicht, natürlich in Treue zu den Verpflichtungen, die es eingegangen ist und unter Garantie seiner Freiheit und Sicherheit. Europa soll diesen Spielraum erlangen, damit seine Stimme in der Welt besser gehört werden kann.“<sup>38</sup>

#### Anmerkungen

1 Vgl. FAZ v. 29.10.1984.

2 Das genaue Ergebnis des Referendums bringt „EL Pais“ am 13.3.1986. Die meisten ‚Nein‘-Stimmen wurden im Baskenland, Navarra und Katalonien gezählt. Das negative Votum aus diesen drei europahanen und -freundlichen Regionen spricht eher für eine Verärgerung über die Finanzpolitik der Zentralregierung in Madrid als für ausgeprägten Anti-Atlantismus. Die meisten ‚Ja‘-Stimmen stammen aus der Hochburg der PSOE Andalusien, die meisten Enthaltungen registriert das traditionell konservative Galicien.

3 Walter Haubrich, Nach den reifen Früchten nun die harten, Spaniens Schwierigkeiten mit der NATO, in: FAZ v. 15.2.1986.

4 ‚El Pais‘ kommentiert den Ausgang des Referendums: „Dieses Referendum hat uns einige neue und ernste Daten über die Situation Spaniens geliefert. Da ist zunächst – wenig überraschend, aber sehr zufriedenstellend – die Reife eines Volkes . . . Das zweite aber ist der Opportunismus und die Unvernunft eines großen Teils der politischen Klasse, von der Regierung bis zur Opposition, was uns in ein Schauspiel von Widersprüchen, Verwir-



- rung und Überdruß geführt hat. Es wäre ungerecht, wenn die dafür Verantwortlichen das nicht bezahlen müßten", *Quièn canta victoria*, *El Pais* v. 13.3.1986.
- 5 Ramón Tamames hat eine ganze Reihe von Büchern über die EG publiziert, sein letztes: *Guía del Mercado Común Europeo Espana en la comunidad de los 'doce'*, Madrid: Alianza 1986.
  - 6 Besonders hart kritisiert wurde, wie die Regierung das spanische Fernsehen zur Verbreitung ihrer Auffassung benutzt hat. Die Unabhängigkeit des staatlichen Mediums und die Objektivität vor allem der Nachrichtensendungen ist während der Kampagne ernsthaft in Zweifel geraten.
  - 7 Juan Luis Cebrián, *Una cuestión política*, *El Pais* v. 26.2.1986.
  - 8 Juan Luis Cebrián, *Un conflicto moral*, *El Pais* v. 2.3.1986.
  - 9 Ebenda.
  - 10 Eine Übersetzung des Wahlzettels vom 12.3.1986, in: *Weltwoche* v. 27.2.1986.
  - 11 González am 6.3.1986 vor Unternehmern in Barcelona, in: *El Pais* v. 7.3.1986.
  - 12 In einem Interview mit 'El Pais', in: *El Pais* v. 9.3.1986.
  - 13 Narcis Serra bei der 23. Tagung über Militärwissenschaft vom 28.2. bis 2.3.1986 in München, Manuskript („Einfluß der neuen Technologien auf den Atlantikpakt“, Europäische Dimension des Atlantikpaktes).
  - 14 Ebenda.
  - 15 Ebenda.
  - 16 Bei einer umstrittenen Rede vor dem Landesparteitag der Saarländischen SPD sagte Oskar Lafontaine: „Die Spanier vertreten . . . auf den Punkt genau meine Position: Politische Zugehörigkeit zur NATO ja, militärisch aber nicht integriert und atomwaffenfrei“, vgl. *Frankfurter Rundschau* v. 26.3.1986. Auch seine Aussage, im Fall der Regierungsübernahme durch die SPD die amerikanischen Mittelstreckenraketen wieder zurückziehen zu lassen, bringt Lafontaine in Verbindung mit dem spanischen NATO-Referendum.
  - 17 Vgl. Peter Frey, *Spanien*, in: *Jahrbuch der Europäischen Integration* 1984, S. 387–394.
  - 18 Die spanische Verhandlungsführung hat ein relativ übersichtliches und praktisches Buch mit den wichtigsten Ergebnissen der Beitrittsverhandlungen vorgelegt. Besonders nützlich ist, daß in allen Verhandlungsbereichen die Ausgangsstandpunkte der Gemeinschaft und Spaniens nebeneinandergestellt werden und der schließlich gefundene Kompromiß erläutert wird: *Ministerio de Asuntos Exteriores, Secretaria de Estado para las Comunidades Europeas, Las negociaciones para la adhesión de España a las Comunidades Europeas*, Madrid 1985.
  - 19 Den Vertragstext enthält: *Tratado de adhesión de España a las Comunidades Europeas*, Madrid: Tecnos 1985.
  - 20 Grußwort des Königs bei der Vertragsunterzeichnung, zitiert nach Manuskript.
  - 21 Ansprache des Ministerpräsidenten, zitiert nach Manuskript.
  - 22 *El Pais* v. 10.6.1986.
  - 23 Heinz Stadlmann, „Wir haben alle Angst vor 1986“. Erwartungen und Befürchtungen in Spanien vor dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft, in: *FAZ* v. 26.10.1985.
  - 24 Im Gespräch in seinem Amtssitz in Madrid am 11.11.1985.
  - 25 Knapp 50 % Nein-Stimmen gegenüber 44 % Ja-Stimmen.
  - 26 Zitiert nach *El Pais* v. 12.6.1986.
  - 27 Edward Behr, *Spain's Renaissance, The arts are flourishing after decades of suppression*, in: *Newsweek* v. 5.8.1985.
  - 28 *Der Spiegel* v. 23.12.1985.
  - 29 Ebenda.
  - 30 *Newsweek* v. 5.8.1985.
  - 31 Einige der Werke Juan Goytisolos sind auch in der Bundesrepublik erschienen. Abgesehen von seinem Prosawerk ist als sozialpsychologische Studie sehr interessant: *Spanien und die Spanier*, Frankfurt: Suhrkamp 1980. Zur aktuellen Situation der spanischen Kultur siehe auch: Michi Strausfeld, *Freiheit ohne Zorn, Beobachtungen in den Kinos, den Galerien und Buchläden des neuen Spanien*, in: *Die Zeit* v. 15.11.1985 und Peter Frey, *Endgültiger Abschied von Carmen? Die europäischen Erwartungen der spanischen Intellektuellen*, in: *EG-Magazin*, Bonn, Nr. 7, 1985, S. 21–23.
  - 32 Juan Goytisolo, *Europa, En menos y más*, in: *El Pais* v. 16.10.1986.
  - 33 Zur Person von Marin vgl. Peter Frey, *Spanien und Portugal*, in: *Jahrbuch der Europäischen Integration* 1982, S. 372.

- 34 Volker Gschwind, Wie Fraga Iribarne um sein Gehirn gebracht wurde, in: Weltwoche v. 19.12.1985.
- 35 FAZ v. 14.1.1986.
- 36 Zitiert nach: dpa, 20.11.1985.
- 37 Der Generalstreik im Baskenland entzündete sich im Juni an den Plänen der Regierung, die Rentengesetzgebung zu ändern. Ein halbes Jahr später wurde das Land nochmals lahmgelegt: ein großer Teil der baskischen Öffentlichkeit war davon überzeugt, daß die Polizei Mikel Zabaltza wegen angeblicher Beziehungen zur ETA nach seiner Verhaftung gefoltert und ermordet habe.
- 38 Am Ende der Referendumskampagne (11.3.1986) in einem Interview des Autors für das ZDF-heute-journal.

### Weiterführende Literatur

- Alonso, Antonio, España, En el Mercado Común, Del acuerdo de 1970 a la Comunidad de doce, Madrid: Espasa-Calpe 1985.
- Beltrán, Lucas, Spain and the EEC, in: Ordo, Jahrbuch für Wirtschaft und Gesellschaft, Stuttgart 1983, S. 157-168.
- Bernecker, Walter, Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg, München: Beck 1984.
- Briesemeister, Dietrich, Die iberische Halbinsel und Europa. Ein kulturhistorischer Rückblick, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn 1986, Beilage B 8 zu Das Parlament, S. 13-27.
- Duerr, Ernst u.a., Spanien auf dem Weg nach Europa, Bern/Stuttgart: Haupt 1985.
- Fusi, Juan Pablo, Franco, Autoritarismo y poder personal, Madrid: El Pais, 1985.
- Enzensberger, Hans Magnus, Spanische Scherben, in: Die Zeit v. 25.10.1985.
- Instituto de Estudios Económicos, La agricultura española, Ante la CEE, Madrid, 1985.
- Marquez Reviriego, Victor, Cien españoles y la OTAN, Barcelona: Planeta 1985.
- Müller, Anton P., Portugal und Spanien in der Europäischen Gemeinschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn 1986, Beilage zu Das Parlament, B 8, S. 3-12.
- Müller, Klaus u.a., Wieder in Europa. Spanien wird Mitglied der EG, in: EG-Magazin, Bonn 1985, Nr. 7, S. 13-26.
- Papeles de Economía Española, La Nueva CEE. La perspectiva desde España, Madrid 1985, Nr. 25.